

Medienmitteilung

Bern, 26. Februar 2009

sgv fordert: Keine Abstimmung über IV-Finanzierung im 2009

Der Schweizerische Gewerbeverband sgv fordert die Verschiebung der Volksabstimmung über die Zusatzfinanzierung der Invalidenversicherung (IV) aufs Frühjahr 2010 mit Inkraftsetzung auf 2011. Weiter erwartet der sgv einen Paradigmenwechsel bei den Sozialversicherungen: Die Leistungen sind den knappen Mitteln anzupassen. Und schliesslich verlangt der sgv steuerliche Entlastungen statt ein drittes Konjunkturprogramm.

Der sgv anerkennt die Notwendigkeit einer IV-Zusatzfinanzierung. Er spricht sich aber entschieden dagegen aus, noch im September 2009 eine Volksabstimmung darüber durchzuführen. Vielmehr verlangt der sgv, dass die Volksabstimmung erst im Frühjahr 2010 durchgeführt wird und die Mehrwertsteuersätze erst per 1. Januar 2011 angepasst werden. sgv-Direktor Hans-Ulrich Bigler verdeutlichte am sgv-Mediengespräch von heute Donnerstag in Bern, dass eine Veränderung der Mehrwertsteuer „nicht von heute auf morgen“ umgesetzt werden könne: „Jede Anpassung bei den Verbrauchssteuern verursacht der Wirtschaft grosse Umtriebe und hohe Kosten.“ Für ihn stellt ein halbes Jahr Umstellungszeit „ein absolutes Minimum“ dar. Die Abstimmungsparole zur IV-Zusatzfinanzierung wird der sgv erst dann fassen, wenn der Abstimmungstermin definitiv feststeht.

Sozialversicherungen: Leistungen statt Beiträge anpassen

Vor dem Hintergrund der IV-Zusatzversicherung dürfe indes die finanzielle Situation der übrigen Sozialwerke nicht vergessen gehen, warnte der sgv-Direktor: „Mit Ausnahme der Berufsunfallversicherung öffnen sich überall Finanzierungslücken, die teilweise ein erschreckendes Ausmass anzunehmen drohen.“ Für den sgv steht fest, dass die Finanzprobleme der Sozialversicherungen in Zukunft nicht mehr nach dem bisherigen Muster – der Erschliessung zusätzlicher Einnahmequellen – gelöst werden können. Diesem Grundsatz gilt es bereits bei der anstehenden Revision der Arbeitslosenversicherung nachzuleben. „Hier verlangt der sgv mit Nachdruck, dass auf eine Erhöhung des ordentlichen Beitragssatzes verzichtet und stattdessen das Leistungsniveau zurückgefahren wird.“

Kein drittes Konjunkturprogramm

Nationalrat und sgv-Präsident Edi Engelberger begrüsst es, dass die Landesregierung bei ihren zwei staatlichen Konjunkturprogrammen nicht einem blinden Aktionismus verfallen sei. Der sgv erachte ein drittes Konjunkturpaket als unnötig. Hingegen seien fiskalische Anreize bzw. steuerliche Entlastungen als Konjunkturstütze der richtige Weg.

Die Medienmappe finden Sie ab dem 26. Februar 2009, 10.00 Uhr auch unter www.sgv-usam.ch/news-medien/referate.html.

Weitere Auskünfte

Edi Engelberger, Nationalrat, Präsident sgv, Mobile 079 340 46 76

Hans-Ulrich Bigler, Direktor sgv, Tel. 031 380 14 14, Mobile 079 285 47 09

Die Nummer 1: Als grösste Dachorganisation der Schweizer KMU-Wirtschaft vertritt der sgv 280 Verbände und gegen 300 000 Unternehmen